

GÖTTINGER BLÄTTER

06.2021

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

► Konzept für eine bezahlbare und solidarische Stadt überreicht!

Bündnis legt Konzept für gutes Wohnen in Göttingen vor

Wohnraumpolitik in Göttingen ist heiß umkämpft. Das Göttinger Bündnis "Gutes Wohnen für Alle" hat nun in sechs Eckpunkten ein Wohnraumkonzept für eine bezahlbare und solidarische Stadt vorgelegt. Es ruft damit zu einer Kehrtwende hin zu einer sozialen Wohnungspolitik auf. Am 23.04.2021, haben Vertreter*innen des Bündnisses das Konzeptpapier symbolisch der Stadtpolitik zukommen lassen – durch Einwurf in den Briefkasten und Überreichung an den Oberbürgermeister Hans-Georg Köhler.

Das achtseitige Papier hat zum Ziel, allen Bewohner*innen der Stadt ein lebenswertes, bezahlbares und öffentlich gefördertes Wohnen in der Leinestadt vorzustellen, in dem Wohnen als Grundrecht aufgefasst wird. Das Bündnis will mit dem Konzept zu einer breiten Diskussion und zu Aktivitäten einladen, für eine bezahlbare und solidarische Stadt. Wie finden öffentlicher Grund und Boden als Gemeineigentum für Wohnungsbau Verwendung? Wie ist der Umgang mit Wohnungslosigkeit? Das Bündnis positioniert sich in etlichen strittigen Wohnraumfragen über die derzeitige, von Kommunalwahl geprägte Debatte hinaus.

Der Mitwirkende Dieter von Frieling dazu: "Göttingen braucht eine grundsätzlich andere, eine soziale Wohnraumpolitik. Die bisherige Strategie der Stadt kommt nicht voran, wenn es um genügend bezahlbaren Wohnraum geht. Dabei hat sie eine städtische Wohnungsbau-Gesellschaft. Doch man setzt auf die falschen Pferde, die sich dann als Dividendeabzocker entpuppen. Das Konzept investorengerechter Wohnungspolitik ist unsozial. Die Kommune muss gezielt vorangehen und gutes Wohnen, auch und besonders für Stadtbewohner*innen mit schmalen Geldbeutel, zur Aufgabe öffentlicher Versorgung machen."



Das Bündnis kritisiert Leerstand in Zeiten, in denen Menschen sich unter prekären Bedingungen in Wohnungen drängen, und skandalisiert Maximalprofite aus Vermietungen an Menschen im Sozialbezug. Hier trägt die Kommune eine Verantwortung. Gefordert wird Gutes Wohnen für Alle statt Sammelunterkünfte und Bruchbuden.

Um dem Ziel eines lebenswerten Wohnraums mehr Gewicht zu verleihen, wird u.a. vorgeschlagen, eine Stabsstelle in der Verwaltung einzurichten. Unter der neuen Struktur solle Neubaubedarf, Marktbeobachtung, klimagerechte und sozialverträgliche Bestandsmodernisierungen sowie Wohnungsaufsicht gebündelt werden.

Das Konzeptpapier entstand aus Erfahrungen von Mieter*innen mit teuren Sanierungen und berücksichtigt wissenschaftliche Analysen zur Wohnraumentwicklung in Göttingen. Gewerkschaftliche Positionen zu einer vergesellschafteten Bodenpolitik oder sozialem Wohnungsbau sind ebenso Grundlage wie Erkenntnisse politischer Basisaktivist*innen aus dem Ringen um eine soziale und solidarische Stadt. Gerade die Bedeutung von sicherem Wohnraum in der Pandemie hat die Debatte geprägt.

Das seit 2019 wirkende Bündnis "Gutes Wohnen für Alle" versteht sich als selbstorganisierte Interessenvertretung aus Mieter*inneninitiativen,

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2021.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Konzept solidarische Stadt	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. Kreistagsinfo	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Gastkommentar	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 07/08.2021
ist der 18. Juni.
Auslieferung am 24. Juni.

Video-Veranstaltung zum Konzept

Dienstag, 2. Juni, 19.00 Uhr

Mit: Dieter v. Frieling,
Wirtschaftsgeograph

Zugang:

<https://app.bbserver.de/de/de/quick-connect/791dddcd-91f1-4a1a-aadf-f98201f623b0>

(ermöglicht „Anklopfen“ am Konferenzraum – der Zugang zum Konferenzraum wird nur durch den/die Moderator/in gewährt)

politischen Gruppen, kritischen Wissenschaftler*innen, Gewerkschafter*innen und Wohnrauminiciativen.

www.gutes-wohnen-fuer-alle.de
kontakt@gutes-wohnen-fuer-alle.de



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

► VVN-BdA wieder gemeinnützig!

Der lange gemeinsame Kampf um die Wiedererlangung unserer Gemeinnützigkeit hat sich gelohnt. Ende April erreichte die VVN-BdA Bundesvereinigung ein Bescheid des Finanzamts, mit dem es unserem Einspruch gegen die Bescheide, auf deren Grundlage uns die Gemeinnützigkeit für die Jahre 2016 – 2018 aberkannt worden war, stattgegeben hat. Die Steuerbescheide für die Jahre 2016 und 2017 sind damit aufgehoben und die VVN-BdA wieder als gemeinnützig anerkannt.

Dieser Erfolg wäre nicht möglich gewesen ohne den Einsatz so vieler, die sich öffentlich mit der VVN-BdA solidarisiert und uns im Bemühen um die Wiedererlangung un-

seres Gemeinnützigkeitsstatus tatkräftig unterstützt haben.

Während der Kampagne zur Wiederherstellung der Gemeinnützigkeit schickten uns mehr als 100 Organisationen und Initiativen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen Solidaritätsschreiben, die meist als öffentliche Erklärungen oder Schreiben an den Berliner und/oder den Bundesfinanzminister verfasst worden sind. Bundesweit hatten über 2.000 Antifaschisten diesen Angriff auf die VVN-BdA zum Anlass genommen, Mitglied unseres Verbandes zu werden. Die niedersächsische Landesvereinigung allein konnte etwa 200 Neumitglieder verzeichnen sowie drei neue Kreisvereinigungen vor Ort grün-

den. Eine hohe Spendenbereitschaft hat zudem dafür gesorgt, dass die VVN-BdA Bundesvereinigung eine zunächst drohende Insolvenz nicht mehr fürchten musste. Allen Spendern sagen wir noch einmal herzlichen Dank. Viele unserer Mitglieder haben sich mit ihren Kontakten und ihrem Gewicht, mit eigenen Aktionen und guten Vorschlägen eingebracht und so dazu beigetragen, dass unsere Petition „Die VVN-BdA muss gemeinnützig bleiben“ von mehr als 50.000 Menschen unterzeichnet wurde.

„Wir begrüßen den politischen Erfolg und bedanken uns ausdrücklich für die große und wirkungsvolle Solidarität und Unterstützung auch aus Niedersachsen, ohne die eine Rückkehr zur Gemeinnützigkeit nicht durchsetzbar gewesen wäre“, erklärte Andreas Nolte, Landessprecher der VVN-BdA

► Rückblick auf den 8. Mai 2021 in Göttingen

Auch dieses Jahr musste unser 8. Mai-Gedenken in einem kleineren Format und unter strengen Coronaauflage stattfinden, d.h. mit Einhaltung von Abstandsregeln und dem obligatorischen Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes. So beteiligten sich rund 60 Teilnehmer an einer Kundgebung, die von der VVN-BdA Göttingen am Gedenkstein beim Thomas-Buergenthal-Haus (Stadtbibliothek) angemeldet worden war. Am Gedenkstein wurden gemeinsam Blumen und Gebinde niedergelegt zur Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand und die Opfer des Nationalsozialismus. Durch das Veranstaltungsprogramm führte unser VVN-BdA Kreissprecher Hans Georg Schwedhelm. Redebeiträge gab es dieses Jahr von Andreas Nolte, Sprecher der VVN-BdA Landesvereinigung

Niedersachsen, von Agnieszka Zimowska, Göttinger DGB-Regionsvorsitzende, von Sabine Lösing für das Göttinger Friedensforum, von Toto Lababidi für die DKP Göttingen sowie Dr. Eckard Fascher für DIE LINKE Göttingen.

Seitens der VVN-BdA Kreisvereinigung danken wir allen Teilnehmern für diese gelungene Gedenkveranstaltung. Wir hoffen, dass wir im kommenden Jahr dann wieder ohne Corona-Auflagen in einem weit größeren Rahmen unsere gemeinsame Gedenkveranstaltung abhalten können. Als VVN-BdA fordern wir zudem zusammen mit Überlebenden der Nazi-Herrschaft wie Esther Bejarano, dass der 8. Mai ein gesetzlich verankerter Feiertag in ganz Deutschland werde. Damit würde ein wichtiges, erinnerungspolitisches Zeichen gesetzt werden.

Antifaschist und Überlebender des KZ Buchenwald am 31. März 2021 95jährig verstorben

Mit großer Trauer mussten wir erfahren, dass Günter Pappenheim, Überlebender des KZ Buchenwald, erster Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos, Vorsitzender der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora, jahrzehntelang Mitglied der VVN und ihrer Nachfolgeverbände und Mitglied des Ehrenpräsidiums der FIR im Alter von 95 Jahren verstorben ist.

Günter Pappenheims Stimme hatte Gewicht in den öffentlichen Auseinandersetzungen um das Gedenken an den gemeinsamen Kampf der Häftlinge von Buchenwald. Das wurde – selbst unter Corona-Bedingungen – zum 75. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwalds am 11. April 1945 erneut deutlich. Seine Stimme wird uns bei der Bewahrung des Vermächtnisses der Überlebenden fehlen.

Ein von Ulrich Schneider verfasster Nachruf auf Günter Pappenheim findet sich unter: <https://antifa.vvn-bda.de/2021/05/17/nachruf-fuer-guenter-pappenheim/>

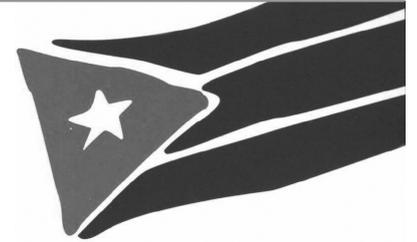


Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Statt Mitgliederversammlung: Video-Treffen am 08. Juni

Zugangsdaten folgen kurzfristig per mail oder können hier angefordert werden:
goettingen@fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Kuba erprobt Impfstoff für Kinder und Jugendliche Von Marcel Kunzmann, amerika21

Havanna. Das Zentrum für Gentechnik und Biotechnologie (CIGB), an welchem der kubanische Impfstoffkandidat Abdala entwickelt wurde, will das Serum im Rahmen einer Studie auch an Minderjährigen und Kindern erproben. „Derzeit befinden wir uns in den letzten Zügen des Studiendesigns für die pädiatrische Bevölkerung“, erklärte die Leiterin der klinischen Studienabteilung, Verena Muzio, gegenüber der Nachrichtagentur Prensa Latina.

Mit Soberana 02 und Abdala befinden sich aktuell zwei auf Kuba entwickelte Impfstoffe in der dritten und letzten Studienphase, die Anfang April begonnen hatte. Inzwischen haben über 98 Prozent der rund

48.000 Teilnehmenden der Abdala-Erprobung ihre zweite Dosis erhalten. Einem Teil der Probanden soll darüber hinaus in den kommenden Tagen eine dritte Dosis als Booster injiziert werden.

Kuba plant, ab Juli mit der Massenimpfung mit eigenen Impfstoffen beginnen zu können. Zunächst soll dazu im Mai eine klinische Interventionsstudie in Havanna starten, an der rund 1,7 Millionen Personen teilnehmen können, was rund 80 Prozent der Hauptstadtbewohner entspricht. Dort ist die 7-Tage-Inzidenz zuletzt immer weiter gestiegen und verharrte in den letzten Tagen auf hohem dreistelligen Plateau. Wie das Gesundheitsministerium bekannt

gegeben hat, wurden bis Samstag sämtliche Familienarztpraxen der Hauptstadt entsprechend vorbereitet. Noch im Laufe der Woche soll die umfangreiche Erprobung starten.

Bis zum Ende des Jahres plant Kuba, die gesamte Bevölkerung gegen Covid-19 zu immunisieren und will darüber hinaus seine Impfstoffe an andere Länder des Globen Südens exportieren. Für eine vollständige Herdenimmunität sollen auch Kinder und Jugendliche geimpft werden, für die bisher weltweit noch kein Impfstoff zugelassen ist. Wie Muzio erklärte, seien pädiatrische Studien ein wichtiges Element bei der Erprobung der kubanischen Vakzine.

▶ Kuba und Tschernobyl: Der Humanismus, der über 26.000 Menschen zugute kam

„Die Welt erinnert sich an die Tragödie in Tschernobyl, die sich vor 35 Jahren in der ukrainischen Stadt Pripyat ereignete. Kuba machte diesen Schmerz zu seinem eigenen und gewährte Tausenden von Kindern, die von dem Nuklearunfall betroffen waren, Behandlung und Heilung“, betonte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei und Präsident der Republik Miguel Díaz-Canel Bermúdez über Twitter Autor: Yaditza del Sol González | yadidelsol@granma.cu

Es genügt, Fidel am Fuß der Gangway des Flugzeugs IL-62 zu sehen, als er die ersten 139 der von dem todbringenden nuklearen Unfall von Tschernobyl betroffenen Kinder erkennen ließ, um zumindest intuitiv zu erkennen, dass die Liebe Kubas sich vervielfachen würde und dass es diejenigen auf seinem Boden umarmen würde, die dies am nötigsten hatten. Und so geschah es.

Es war am 29. März 1990 und mit der Ankündigung der kubanischen Regierung, wenigstens 10.000 Kinder aufzunehmen, um ihnen eine hochspezialisierte Behandlung zukommen zu lassen, verwandelte sich die in Tarará gelegene Anlage der Pioniere José Martí in wenigen Monaten in ein gigantisches Sanatorium zur Behandlung von Kindern, die Opfer der Katastrophe waren und hauptsächlich aus der Ukraine, Weißrussland und Russland stammten.

„Die Welt erinnert sich an die Tragödie in Tschernobyl, die sich vor 35 Jahren in

der ukrainischen Stadt Pripyat ereignete. Kuba machte diesen Schmerz zu seinem eigenen und gewährte Tausenden von Kindern, die von dem Nuklearunfall betroffen waren, Behandlung und Heilung, betonte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei und Präsident der Republik Miguel Díaz-Canel Bermúdez über Twitter

Dieser Teil der Geschichte jedoch, der seinem Wesen nach der eines tiefen Humanismus und der Liebe ist, erscheint nicht oft in den Serien und in den Büchern, die im Ausland über das berichten, was nach jenem schicksalhaften 26. April geschah.

Nur sehr wenige dieser Produktionen erwähnen, dass, auf Bitten der damaligen Sowjetunion um Hilfe, die Antwort Kubas nicht auf sich warten ließ und dass unser Gesundheitssystem das einzige der Welt war, das ein integrales Programm entwickelte, das den Opfern der Katastrophe

gratis zugute kam, einer Katastrophe, die auf der Internationalen Skala der Atomunfälle (INES) als eine der international schlimmsten Katastrophen rangiert.

Sie erzählen auch nichts darüber, dass die Zahl der Patienten mit den Jahren zunahm und erwähnen nicht, dass das Programm nach dem Fall des sozialistischen Lagers nicht gestoppt wurde, selbst nicht in der gespannten Lage der Sonderperiode auf der Insel. Ganz im Gegenteil, zwischen 1990 und 2016 half man über 26.000 Personen.

In einer weiteren Lektion von Altruismus und Solidarität mit der Welt teilte Kuba damals seine Wissenschaft, sein Brot und das, obwohl man in diesen schwierigen Jahre glaubte, mit der immer stärkeren Erdrosselung des Landes durch die Wirtschaftsblockade der USA, das Ende des Sozialismus auf der Insel verkünden zu können. Was für eine Fehleinschätzung.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Corona als Chance für Regierungssparer

Bereits fünf Monate nach der Verankerung der sog. Schuldenbremse in der niedersächsischen Verfassung mussten aufgrund der „Naturkatastrophe, Covid-19-Pandemie“ schon die ersten Kredite über die 0,5 % des Haushalts hinaus bedient werden, wobei hier eine 2/3 Mehrheit der Landtagsmitglieder zugestimmt hat. Das ist natürlich nicht zur Freude des Spar- und Kürzungsministeriums (Finanzministerium). Und aus diesem Grund meinte der niedersächsische Finanzminister Hilbers (CDU) auch, dass „Ausgaben statt Sparen“ ungewohnt“ (April 2021) sei. Nur einen Monat später wurde dann schon mal angekündigt, man wolle wieder zur schwarzen Null zurück und keine neuen Kredite aufnehmen (nicht vor 2024).

Ginge es darum, die Reichen endlich zur Kasse zu bitten, dann hätten wir Kommunisten dem etwas abgewinnen können. Aber nein, der Minister kündigt an, es gehe um Einsparungen im Öffentlichen Dienst. Die Bürger:innen und Kommunen sollen mal davon ausgehen, dass es weniger Geld für Straßen, Radwege und/oder Schwimmbäder gebe. Aber auch Beschäftigte können davon ausgehen, dass der „Personaltopf“ betroffen sein wird.

Ein Vorgeschmack können wir vielleicht im Moment nur erahnen: Zum Beispiel das Festhalten der Landesregierung an dem niedersächsischen Kita-Gesetz mit dem völlig unzureichenden Personalschlüssel für Kindergartengruppen, bei 25 Kinder nur 2 Erzieher:innen, keine Inklusion. Das Gesetz verbleibt gleich im

Sparmodus der letzten Jahrzehnte! Keine Verbesserung, weder für Beschäftigte, für Kinder noch für Eltern. Und das obwohl sich die Beschäftigten, die Gewerkschaften, die Elternvertretung, Kinder und Trägerschaft dafür ausgesprochen haben, den Entwurf des Kita-Gesetzes ohne nachhaltige Verbesserung abzulehnen.

Ein weiteres Vorgehen der Landesregierung ist die geplante Änderung der Kommunalverfassung. In der entsprechenden Gesetzesvorlage heißt es, dass Bürgerbegehren zukünftig nicht mehr zulässig sein sollen, wenn sie Entscheidungen der Kommune „als Träger von Krankenhäusern oder des Rettungsdienstes“ berühren. Wenn das Gesetz beschlossen wird, dürfen keine Bürgerentscheide gegen Klinikschließungen, Standortverlagerungen oder für eine bessere Gesundheitsversorgung mehr durchgeführt werden. „Bürgerbegehren torpedieren regelmäßig die Standortentscheidungen vor Ort“, erklärte eine Sprecherin des niedersächsischen Gesundheitsministeriums gegenüber der „Ärztezeitung“. Die Kriegsrhetorik, die demokratisches Engagement zum Angriffsakt verklärt, zeugt von der Angst vor der eigenen Bevölkerung.“ (UZ 7.Mai.2021)

Oder das Vorhaben der Göttinger Universität, das Institut für Skandinavistik aufgrund einer Kürzung des Landeshaushalts eben mal zu schließen. Das Institut bleibt wegen stärkerer Gegenwehr an der Uni und in der Stadt zunächst erst einmal erhalten. Aber der Fakultätsrat beschloss trotz des Widerstandes von Studierenden



Mitgliederversammlungen im Juni

01. Juni

Bei Redaktionsschluss stand das Thema bzw. ein/e Referent*in noch nicht fest. Es wird per mail kommuniziert.

Diese MV findet um **19.00 Uhr** im Video-Format statt. Die Zugangsdaten werden kurzfristig per mail zugesandt. Thema und Zugang können hier abgefragt werden:

goettingen@dkp-niedersachsen.de

15. Juni

Folgt den weltweiten Corona-Finanzierungen eine Inflation?

Referent: Lucas Zeise, Wirtschaftsjournalist und ehem. Chefredakteur der UZ Nach langer Zeit können wir den Gen. Lucas wieder einmal live in Göttinger begrüßen!

Die Veranstaltung findet um 20.00 Uhr im Roten Zentrum statt.

(Es ist sicher sinnvoll, wenn sich die Teilnehmer*innen am gleichen Tag einmal testen lassen)

und Beschäftigten, aber auch anderer Fakultäten, weitreichende Sparmaßnahmen. So wird die Juniorprofessur nicht neu besetzt, was dann langfristig doch zu einer Schließung führen wird.

Und die im Herbst anstehende Tarifrunde der Länder (TV-L) wird wahrscheinlich seitens der Landesregierung noch erbitterter geführt als die Tarifrunde von Bund und Kommune. Damals forderte Verdi 4,8% in 12 Monaten, jedoch mindestens 150€ eine Angleichung der Arbeitszeit zwischen Ost und West. Herausgekommen ist 8 Monate Nullrunde, dann 12 Monate eine Lohnerhöhung von lediglich 1,4% (mindestens 50€ und anschließend 1,8% (Kein Sockelbeitrag) für das Jahr danach. Die Angleichung zwischen Ost und West erfolgt erst 2023, wenn es alles gut verläuft und die Kapitalseite nicht ein Rückzieher macht.

Mit der oben genannten Ankündigung des Finanzministers Hilbers erwarten uns nicht nur in der kommenden Tarifrunde harte Kämpfe, sondern auch für alle Beschäftigten und Bürger:innen harte Zeiten.

(TL)

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: **Montags, z.Zt. 19.00 Uhr per Video**



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ **Schöne neue Welt (Häuser) – rd. 90.000 Euro mehr Dividende**

Die Häuser Deisterstr. 23 und 25 (Bild) sowie Elmweg 13 und 15 sind nahezu fertig. Und sie sehen – natürlich – von außen besser aus als vorher. Das wird niemand bestreiten!

Doch was kostet diese schöne neue Welt, die hier in Grone entsteht?

Wir können getrost von einer höheren Miete um 2,00 Euro/qm ausgehen; also 100 Euro mehr für die Wohnungen mit 50 qm und 150 Euro mehr für die Wohnungen mit 75 qm.

Wem aber kommt das zugute?

Die Wohnungskonzerne sagen, dass sie ihre Investitionen, die sie zweifellos erbracht haben, wieder hereinbekommen müssen. Und das ist ja auch ganz verständlich.

Doch konnten wir am 1. April im Göttinger Tageblatt lesen, dass z.B. dem Dax -Konzern Vonovia vorgeworfen wird, mehr als ein Drittel der Mieteinnahmen den Aktionären ausgeschüttet wird. Und wer will denken, dass die ADLER-Bosse dööfer sind als die von Vonovia?

Ausgehend von unserer obigen Rechnung bedeutet dies, dass 33 Euro (bei einer 50 qm-Wohnung) bez. 50 Euro (bei einer 75 qm-Wohnung) nun die Aktionäre netto mehr einnehmen!

Wir machen mal eine grob gerundete Rechnung auf: Ein Drittel von 120 Wohnungen, die im Durchschnitt 67,50 Euro höhere Mieten einbringen, spülen im Jahr rd. 90.000 Euro mehr in die Taschen der Aktionäre.

Oder anders herum: Die/der Mieter*in, die/der für eine 75 qm-Wohnung bislang 5,00 Euro/qm bezahlte (= 375 Euro Kaltmiete) entrichtete bislang 1.500 Euro/Jahr an die Aktionäre; nun aber – nach der Erhöhung – sind es 2.100 Euro!

Das hat sich doch gelohnt – zumindest für die Aktionäre!

Und nun war auch noch in einer Immobilienzeitung zu lesen, dass Adler eine Summe von 54 Mio. Euro aus den Mieteinnahmen seinen Aktionären für das Berichtsjahr als Dividende auszahlen will, das entspricht je Aktie 46 Cent.

Noch einmal die Frage: Wer bezahlt diese schöne neue Welt? (gs)



▶ **Post aus Wolfsburg:**

Dieses Flugblatt erhielten wir aus Wolfsburg, wo sich die Mieter*innen ebenfalls gegen ADLER wehren – mit Hilfe der Partei Die Linke!

Mieter:innen helfen bei Problemen mit der Adler Group

An alle Mietparteien, diese bei der Adler Group einen Mietvertrag haben!

Bitte lesen Sie den Bericht von dem Reporter Hermann Müller genauestens durch!

Wir **Mieter/innen haben Rechte**, die Adler Group ist unser Vermieter, aber er hat sich auch an Recht und Gesetz zu halten!

Treten Sie in den DMB ein, der Mieterbund hilft den Mietparteien Recht zu bekommen!

Wenn Sie Fragen haben, sprechen Sie uns, die Mieter:innen-Initiative Wolfsburg-Vorfelde an!

Ansprechpersonen sind:

Frau Doris Zander – Potsdamer Weg 11
0176/61528666

Frau Sabrina Siedentop – Potsdamer Weg 13
0152/08502439

Unterstützt wird die Mieter:innen-Initiative von der Partei **DIE LINKE**. Ansprechpartner hier sind **Ilario Ricci** und **Bastian Zimmermann**: mieten@dielinke-wolfsburg.de

Mieter:innen Initiative
Wolfsburg-Vorfelde

Mit Unterstützung
DIE LINKE
STADT WOLFSBURG
dielinke-wolfsburg.de



Kreismitgliederversammlung und Aufstellungsversammlung

am **Mittwoch, 16. Juni 2021, ab 19:00 Uhr** im Haus der Kulturen, Hagenweg 2 e, 37081 Göttingen.
Bitte kommt etwas eher, da wir vor der Versammlung Coronatests durchführen müssen.

19:00 Uhr Aufstellungsversammlungen Rosdorf

19:00 Uhr Gemeinderat, 19:15 Uhr Ortsrat Rosdorf

Jeweilige Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Wahl der Versammlungsleitung und der/des Schriftführer/in
2. Wahl der Wahl- und Zählkommission, Vertrauensleute, Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmer*innen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides statt
3. Aufstellung der Wahlliste
4. Wahlen und Bekanntgabe der Wahlergebnisse

Vorgaben aus dem Wahlgesetz: Wahlberechtigt sind alle Parteimitglieder, die am Tag dem Kreisverband angehören und stimmberechtigt zur Kommunalwahl sind.

19:30 Uhr Kreismitgliederversammlung

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Wahl der Versammlungsleitung und der/des Schriftführer/in
2. Wahl der Vertreter*innen Landesausschuss
3. Bericht über die Kandidaturen im Kreisgebiet
4. Wahlkampf
5. Verschiedenes

OV Hann. Münden (mit Staufenberg)

Jahreshauptversammlung und Aufstellungsversammlungen

am **Montag, 21. Juni 2021, ab 19:00 Uhr** im Garten von Kattenbühl 5, 34346 Hann. Münden

Jahreshauptversammlung

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Wahl der Versammlungsleitung und der/des Schriftführer/in
2. Wahl der Wahl- und Zählkommission
3. Berichte zu Aktivitäten im Stadtrat und des Ortsverbandes
4. Vorstellung und Wahl der Sprecher*innen
5. Bericht Kreistag
6. Verschiedenes

Mit Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom 19. Mai gehören dem Ortsverband auch die Mitglieder aus der Gemeinde Staufenberg an.

anschließend, ab ca. 19:30 Uhr Aufstellungsversammlungen

19:30 Uhr Wahl des Rates Stadt Hann. Münden

19:45 Uhr Gemeinderat Staufenberg

20:00 Uhr Ortsräte Hann. Münden

20:15 Uhr Ortsräte Staufenberg

Tagesordnungsvorschlag für die jeweilige Aufstellungsversammlung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Wahl der Versammlungsleitung und der/des Schriftführer/in
2. Wahl der Wahl- und Zählkommission, Vertrauensleute, Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmer*innen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides statt
3. Aufstellung der Wahlliste
4. Wahlen und Bekanntgabe der Wahlergebnisse

Vorgaben aus dem Wahlgesetz: Wahlberechtigt sind alle Parteimitglieder, die am Tag dem Ortsverband angehören und stimmberechtigt zur Kommunalwahl sind.

(...) weiter nächste Seite

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook
Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

(...) Fortsetzung Termine

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Schwerpunktthema: Antisemitismus und Holocaust, Referent: Jo Bons
Ort und Zeit sind noch offen. Bitte achtet auf Newsletter und Internetseite.

OV Altkreis Osterode

Aufstellungsversammlungen zur Kommunalwahl am 12.09.2021

Wahlen der Stadt-, Gemeinde- und Ortsräte im Altkreis Osterode

am Dienstag, 01. Juni 2021, ab 19:00 Uhr im Alevitischen Kulturverein Herzberg, Hauptstraße 6, 37412 Herzberg am Harz

Zeitpunkt für die einzelnen Gremien, Tagesordnung und Einzelheiten vgl. Terminseite der Maiausgabe, in der fristgerecht eingeladen wurde oder im Internet: <https://www.die-linke-goettingen.de/termine/uebersicht/termindetail/news/ov-alkreis-osterode-aufstellungsversammlung/>

OV Dransfeld Aufstellungsversammlungen

Der Termin der Aufstellungsversammlungen für den Samtgemeinderat und den Stadtrat Dransfeld stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Hierzu werden die Mitglieder per Post gesondert eingeladen.

🎯 Lars, KMV und Bundestagsdirektkandidat

Am 19. Mai fand eine Kreismitgliederversammlung mit anschließender Aufstellungsversammlung des Bundestagskandidaten statt.

In den KSR nachgewählt wurden die Pflegekräfte Jeannette Kasel aus Dransfeld und Sylke Jarosch aus Gleichen, die beide auch in der Kommunalpolitik ihrer jeweiligen Kommunen mitmischen wollen, hinzu kommt Edda Reysz aus Bad Lauterberg. Mit dieser Frauenpower aus dem Landkreis besteht der paritätisch besetzte KSR wieder aus acht Mitgliedern, erstmals jeweils vier aus der Stadt und vier aus dem Kreisgebiet.

Per Beschluss der MV wurde das Gebiet des OV Hann. Münden um die Gemeinde Staufenberg erweitert. Am 21. Juni wählt dieser OV Sprecher*innen und Kandidat*innen für beide Gemeinden.

Inhaltlicher Schwerpunkt der KMV war die Vorbereitung auf den Bundesparteitag. Zu Gast war unser Landesvorsitzender Lars Leopold, der uns über die Grundzüge des Wahlprogramms informierte und die Partei dazu aufrief im Wahlkampf geschlossen aufzutreten. Er unterstrich die Bedeutung der Forderungen im Programm für die Abwehr der drohenden Kürzungswellen, wenn der Bevölkerung nach der Wahl die Rechnung für die Corona-Krise präsentiert werden wird. Der Sozialstaat wird weiter hemmungslos abgebaut. Dies würde auch in der aktuellen Diskussion

über die Erhöhung des Renteneintrittsalters, also faktischen Rentenkürzungen deutlich. DIE LINKE sei die Sozialstaatspartei, die entschlossen um eine sozial und klima-gerechte Zukunft kämpft und für die Interessen der Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Rentnerinnen eintritt.

Verdeutlicht wurde dann in der Diskussion, dass wir mit unseren Forderungen zum sozialökologischen Umbau und Wiederaufbau des Sozialstaats als LINKE das Gegenprogramm aufzeigen. Die anderen Parteien wollen nur die Reichsten entlasten, während DIE LINKE (mit ihrem Steuerkonzept) die deutliche Mehrheit der Bevölkerung entlasten will, worauf ein beschlossener Antrag bezug nahm.

In der weiteren Diskussion wurden Anträge unterstützt, die den Einsatz der

Partei für ein kooperatives Verhältnis mit China und Russland verdeutlichen und einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen entgegenzutreten wie sie beispielsweise bei einer grünen Bundeskanzlerin zu erwarten ist.

Zum Direktkandidaten des Bundestagswahlkreises Göttingen, der nahezu das gesamte Gebiet des Landkreises Göttingen bis auf die Hälfte des Altkreises Osterode umfasst, wurde der Sozialforscher Thomas Goes gewählt. Dieser veröffentlichte mehrere Bücher zu Gewerkschaften, Streiks und eines zum Thema Linkspopulismus. In seiner Bewerbungsrede hob Thomas die Verbindung der sozialen mit der ökologischen Frage hervor.

Zum Abschluss wurden noch vier Kandidat*innen für die Kreistagslisten nachnominiert. Insgesamt haben wir damit 64 Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag. e.f.

🎯 Gedenken 8. Mai

Am 8. Mai, den 76. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus fand am Denkmal der Widerstandskämpfer vor der Stadtbibliothek (Thomas-Buergenthal-Haus) eine Gedenkveranstaltung der VVN-BdA mit etwas über 50 Teilnehmer*innen statt. Hierzu dokumentieren den kurzen Redebeitrag des **Landratskandidaten Eckhard Fascher**, den dieser für DIE LINKE und die Göttinger LINKE gehalten hat:

Liebe Anwesende,

heute vor 76 Jahren wurde der 2. Weltkrieg beendet, Nazideutschland besiegt und damit Europa vom Faschismus befreit.

12 Jahre Verbrechen der Superlative mit industriellem Völkermord, kaum vorstellbaren Kriegsverbrechen waren vorbei. Verbrechen, die so bisher einmalig in der Menschheitsgeschichte waren. Dazu wurde heute schon einiges gesagt.

(...) weiter auf Seite 12



DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 25 – April 2021

EDITORIAL

Die vorletzte Kreistagssitzung der laufenden Wahlperiode fand diesmal als „Hybridsitzung“ statt, ein Großteil der Abgeordneten war nur zugeschaltet anwesend. Auf der Zielgeraden wachten die anderen Fraktionen noch einmal auf und brachten nun auch Anträge in größerer Zahl ein.

DIE LINKE musste wieder einmal aufpassen, dass fragwürdige Dinge nicht einfach abgenickt werden, vor allem, wenn sie ganz ans Ende der Tagesordnung gestellt werden.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 10 – Mehrbedarf für Empfänger*innen von Leistungen nach SGB II, III und XII anerkennen

Der Antrag unserer Gruppe sah vor, die Ausstattung mit FFP2-Masken als Mehrbedarf für Personen der genannten Bereiche anzuerkennen, wobei entweder eine unbürokratische und barrierefreie Versorgung mit wöchentlich 20 FFP2-Masken für Leistungsempfänger*innen sichergestellt oder der Betrag von zusätzlich monatlich 129 Euro an Betroffene ausgezahlt werden sollte.

Der Antrag, den Jo Bons im Plenum begründete, wurde von unserer Gruppe zurückgezogen, nachdem die Verwaltung die Ausgabe vorrätiger medizinischer Masken zugesichert hatte.

TOP 11 – Resolution zu Präsenzverbot Integrationsunterricht an den VHS

In der von unserer Fraktion eingebrachten – und mehrheitlich beschlossenen – Resolution, werden der Landtag und die Landesregierung aufgefordert, die erforderlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auch in Niedersachsen wieder Präsenzangebote im Integrationsunterricht an den VHS möglich werden.

Vorgestellt wurde unser Antrag im Plenum von Jo Bons, der erläuterte, dass, im Gegensatz zu anderen Bildungseinrichtungen, Präsenzangebote an den Volkshochschulen derzeit grundsätzlich nicht zugelassen sind.

Dies gilt auch für den Integrationsunterricht.

Mitarbeiter/innen der VHS sehen für die betroffenen Sprachanfänger in dieser Regelung eine besondere Benachteiligung, da diese insbesondere auf persönliche Zuwendungen angewiesen sind, sich meist auf Deutsch schlecht verständigen können und ihnen zudem oft die nötigen digitalen Voraussetzungen fehlen. In anderen Bundesländern, wie Hessen und Bayern, sind Präsenzveranstaltungen an VHS unter Beachtung der Hygienevorschriften dagegen erlaubt. Mit den Mitarbeitern/innen der VHS sehen wir daher im Sinne der betroffenen Menschen und einer erfolgreichen Integrationspolitik die Öffnung der Integrationskurse für Sprachanfänger sowie zur Prüfungsvorbereitung auch in Niedersachsen als pädagogisch sinnvoll und von den örtlichen Hygienebedingungen (ggf. unter der Nutzung von Tests) auch verantwortbar an.

TOP 37 – Vorbereitung der Beschlüsse der Verbandsversammlung des Abfallzweckverbandes

Diesmal ging es erneut um die Umstellung von Nass- auf Trockenvergärung in der Müllentsorgungsanlage Deiderode, die von den LINKEN in der Stadt Göttingen und den Landkreisen Göttingen und Northeim abgelehnt wird. Eckhard Fascher nannte hier als Grund vor allem die nicht nachvollziehbare Kostenexplosion von ursprünglich veranschlagten 7 Mio. im September 2017 auf jetzt 23,5 Mio., zumal es andernorts kostengünstige Lösungen zur „Ertüchtigung“ ähnlicher Anlagen gegeben hatte.

Gegen DIE LINKE stimmten die übrigen Parteien der Vorlage zu.

TOP 38 – Landschaftsschutzgebiet (FFH-Gebiet) „Fulda zwischen Wahnhausen und Bonaforth“

Die Ausweisung von FFH-Gebieten gehört – nicht zuletzt, weil gerade Niedersachsen in diesem Bereich seit Jahren hinterherläuft – zu den Routineaufgaben der Kreistagsarbeit der letzten Jahre. Wie allzu oft aber war auch diesmal wieder nur der niedrigere Schutzstatus eines Landschaftsschutzgebietes, anstelle eines Naturschutzgebietes, vorgesehen, was die Naturschutzverbände nicht für ausreichend halten, um die Auflagen der EU zum Schutzstatus zu erfüllen. Eckhard Fascher unterstützte erneut diese Argumentation. Die übrigen Kreistagsparteien setzten dann gegen DIE LINKE die Verwaltungsvorlage durch.

TOP 39 – Bildung des Grundstücksverkehrsausschusses

Dieser unscheinbare Tagesordnungspunkt zur durch Landesgesetz geregelten Besetzung eines in der Öffentlichkeit nahezu völlig unbekanntes Gremiums wurde von Eckhard Fascher für unserer Fraktion thematisiert.

Aufgabe des überwiegend von der Landwirtschaft besetzten Grundstücksverkehrsausschusses ist die Genehmigung von Kaufverträgen landwirtschaftlich genutzter Flächen. Genehmigungen können dabei versagt werden, wenn die Veräußerung einer landwirtschaftlichen Fläche „eine ungesunde Verteilung von Grund und Boden bedeuten würde“. Das Interesse kaufwilliger Landwirte hat in der Realität Vorrang vor dem eines Nicht-Landwirts. In der Konsequenz stehen die Interessen des Naturschutzes somit hinter denen der Landwirtschaft zurück, wenn es um den Kauf von landwirtschaftlich genutzten Flächen geht.

DIE LINKE plädiert daher dafür, die Zusammensetzung dieses Gremiums so zu verändern, dass die Mehrzahl Kreistagsabgeordnete sind und die vor Ort tätigen Umweltverbände gegenüber der Landwirtschaft künftig gleichberechtigt einbezogen werden.

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► Am 1. Mai auf der Straße

So schön kann Klassenkampf sein. Nicht nur die Sonne hielt ihr Versprechen. Am 1. Mai 2021 versammelten sich deutlich über eintausend Menschen zur traditionellen 1. Mai-Demonstration. Obwohl... traditionell? Es war einiges anders an diesem 1. Mai. Und das Rote Zentrum spielte dabei eine gute Rolle.

Der 1. Mai unter den Bedingungen der Corona-Pandemie, Gesundheitskrise und Verordnungslage. Das bedeutete im zurückliegenden Jahr einen Totalausfall: Frustration, Rat- und Orientierungslosigkeit. Obwohl die sozialen Missstände sich seither weiter zuspitzen und die unvernünftige Organisierung der Gesellschaft immer offensichtlicher wird, drohte auch 2021 ein sichtbarer und kämpferischer Ausdruck der Gewerkschaftsbewegung erneut kläglich auszufallen. Ein kleiner Kreis aus der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft Freier ArbeiterInnen Union (FAU), der Antifaschistischen Linken International A.L.I. und dem feministischen Bündnis All Care Workers Unite ergriff in diesem Jahr allerdings früh die Initiative und erklärte: die 1. Mai Demonstration findet in Göttingen in jedem Fall statt; gerne mit den DGB-Gewerkschaften, im Zweifelsfall aber auch ohne. 4.000

Handzettel wurden in Hausbriefkästen verteilt, 700 Plakate verklebt, in Betrieben und sozialen Umfeldern geworben. Diese Eindeutigkeit und wohl auch der feministische Schwerpunkt auf Fragestellungen von Geschlechtergerechtigkeit und Sorgearbeit dürften dazu beigetragen haben, dass sich mehr als doppelt so viele Menschen wie üblich um 10 Uhr am Platz der Synagoge einfanden. Was plötzlich nach über einem Jahr Lockdown des kulturellen und sozialen Lebens wieder möglich war!?! Mitglieder der Göttinger Ska-Punk Band Rouge Steady Orchestra RSO spielten aus den Fenstern des linken Hausprojektes OM10, ein Posaunist stimmte zuvor mit Palioushka Polie an. Drei Kolleginnen aus dem Ensemble des Deutschen Theaters trugen als Brecht'scher Sprech-Chor vor, was sie vom Kapitalismus halten. Migrantisierte Pflegekräfte ohne deutschen Pass stiegen auf die Bühne und wiesen auf ihre Misere hin, Kindergärtnerinnen trugen ihren Betreuungsschlüssel mit sich, Wissenschaftlerinnen hatten die Schnauze voll von entkörperlichter Arbeit im 24/7 Homeoffice und zertrümmerten krachend ihre Rechenmaschinen. Der 1. Mai war in diesem Jahr gut besucht, mutig, aktivierend,

lebendig und vielfältig. Letztendlich war für alle gelungen und erfreulich, dass der DGB souverän entschieden hatte, die Demonstration doch gemeinsam durchzuführen.

Gruppen, Parteien und Initiativen aus dem Roten Zentrum luden im Anschluss an die gemeinsame Abschlusskundgebung auf dem Albaniplatz zu Infotischen und Begegnungen vor dem Roten Zentrum, nur wenige Meter die Straße herunter, ein. Viele Teilnehmer*innen der Mai-Demonstration folgten auf ihrem nach-Hause-Weg diesem Angebot. Da Bratwurst und Bier des traditionellen Familienfestes von DGB-Seite aus ausfielen, stellten sich viele Hungrige beim italienischen Edel-Restaurant Boccadoro am Albanikirchhof an. Bewohner*innen des Lieschen-Vogel-Hauses hatten in nachbarschaftlicher Verbundenheit zuvor auf eine Win-Win-Situation hingewirkt: ein günstiges und schnelles Gericht für die müden Mai-Demonstrierenden; wie auch eine finanzielle Einnahme für das durch die Corona-Schließungen frustrierte Restaurant-Team. An Straßentafeln präsentierten Kolleginnen des KEI-Kindergartens erneut ihre Ausstellung „Frauen in der Corona-Pandemie“. Erschütternde Antworten von Frauen auf eine Umfrage zum 8. März, dem internationalen Frauentag, unterstrichen die ungleiche Verteilung der Lasten der gesellschaftlichen Krise – auch und gerade unter dem Vorzeichen der Geschlechtergerechtigkeit. Unter Einhaltung von Abstands- und Hygieneregeln, ließen sich Genoss*innen auf Sitzgelegenheiten auf den Gehsteigen nieder. Das Schaufenster des Roten Foyers war schon in den Wochen zuvor liebevoll und aufwendig zum 1. Mai dekoriert worden. An Infotischen der Roten Hilfe, der DKP, der Tageszeitung junge Welt und der Antifagruppe A.L.I. versorgten sich viele Neugierige mit Lese- und Mode für den kommenden Sommer. In diesem Sinne kann auch für das Rote Zentrum gelten: Wir gehen vorwärts! No going back to norma



1. Mai 2021 vor dem Roten Zentrum (Foto: "Medienkollektiv links unten Göttingen")



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

1. Mai 2021:

Rede von Jost Leßmann, Kandidat zu den Kommunalwahlen:



Mein Name ist Jost Lessmann; Ich spreche für die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Was fällt einem als gewerkschaftlich orientierter Kommunalpolitiker, der in linken Zusammenhängen aktiv ist, als erstes zu diesem Thema ein:

1. Tarifliche Entlohnung der Beschäftigten der Kommunen – UND ihren outgesourcten Gesellschaften wie Energiebetriebe, Freizeitbetriebe, Wohnungsbaubetriebe, Wirtschaftsförderungsbetriebe usw. usw., also allen Einrichtungen, die inzwischen den Kompetenzen der Regionalparlamente entzogen wurden

2. Tarifliche Entlohnung der Beschäftigten auch bei allen inzwischen privatisierten Einrichtungen, die im gesellschaftlichen Auftrag ihre Aufgaben erfüllen wie zum Beispiel Gesundheits- und Bildungswe-

sen. Hier zuvorderst Krankenhäuser, Reha-Einrichtungen, ambulante Dienste etc.

3. Tarifliche Entlohnung der Beschäftigten in den Einrichtungen wie Diakonie, Caritas, Rotes Kreuz, Paritätischer etc.

4. Tarifliche Entlohnung der Beschäftigten der Unternehmen, die kommunale Aufträge dankend annehmen, ob in der Industrie oder im Handwerk

Das sind vier Bereiche, in denen in der Kommunalpolitik etwas zu machen ist – wenn die dort vertretenen Parteien dies politisch auch wirklich wollen:

In der Regel ist die tarifliche Entlohnung der Beschäftigten der Kommune geklärt: Kommunal Beschäftigte und auch die outgesourcten Kolleg*Innen, die in kommunalen GmbH's arbeiten, haben dieses Privileg

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sabine Klohn
Oliver Preuß, Bärbel Safieh.
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
goelinke-alg-gruppe@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Di: 13:00 – 17:00 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

Für die anderen angesprochenen Felder allerdings keinesfalls: Daher kann es einem gewerkschaftlich orientierten Kommunalpolitiker NIE einfallen, der Privatisierung einer Aufgabe, die dem allgemeinen gesellschaftlichen Bereich angehört, zuzustimmen

In Göttingen, in jeder Kommune, sind aufopferungsvolle, idealistische Menschen am Werk, die ihre Klientel vertreten, beschützen, ihnen versuchen zu helfen: Wir nennen dies im Allgemeinen „Sozialpolitik“. **Fortsetzung auf S. 12**

Göttinger Linke in der Gemeinde Gleichen gegründet

Linker Wahlantritt in Gleichen

Premiere in Reinhausen: Auf einer Aufstellungsversammlung beschloss die neugegründete Gruppe Gleichen der Wählergemeinschaft „Göttinger Linke“ am 11. Mai, erstmals auch in der Gemeinde Gleichen für den Gemeinderat zu kandidieren.

Auf der Liste, die nun beim Wahlamt eingereicht werden soll, kandidieren Mitglieder der Partei DIE LINKE, eine Parteilose und ein Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei.

Angeführt wird die bunte Schar von der 57jährigen Krankenpflegerin Sylke Jarosch aus Groß-Lengden, die sich gute Chancen ausrechnet, ab September im Gemeinderat die Geschicke Gleichens mitbestimmen zu können. Als ihr Ziel bezeichnete sie gegenüber der Presse, „sozialen Themen in Gleichen mehr Gehör zu verschaffen – in unserer Gemeinde darf der Grad des Wohlfühlens weder am Geldbeutel noch vom Alter abhängen“.

Vor Ort war auch Dr. Eckhard Fascher, Landratskandidat und Mitglied des SprecherInnenkreises der Göttinger Linken: „Ich freue mich auf die Stärkung unserer Basis im Kreisgebiet – die neue linke Stimme in Gleichen wird auch im Göttinger Kreistag zu hören sein.“

Ein kurzes Wahlprogramm soll im Juli der Öffentlichkeit vorgestellt werden.



Bilanz unserer Wohnraum- politik in den letzten 5 Jahren

In dieser Legislaturperiode haben wir 15 Anträge allein im Rat eingebracht, die sich mit dem Thema „bezahlbares wohnen“ befassten. Den Aufschlag machte der Antrag, dass künftig bei allen größeren Bauprojekten, bei denen ein „städtebaulicher Vertrag“ geschlossen wird, mindestens 30% bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Dieser Antrag kam tatsächlich durch, auch wenn die SPD mit der Verwaltung immer wieder auch Ausnahmen anstrebt, wie z.B. beim Großbau auf dem ehemaligen Gothaer-Gelände, bei dem von 500 neu erstellten Studibutzen nicht eine sozialverträgliche Wohnung entsteht.

Nach dieser Legislaturperiode können wir zwar noch nicht wirklich viel neuen bezahlbaren Wohnraum vorweisen, wir haben aber unsere Denke in die hiesige Politik hineingetragen und auch in der Verwaltung sind inzwischen Ansätze unserer Bau- und Bodenpolitik angekommen. So ist aus der Verwaltung intern zu vernehmen, dass der Verkauf von städtischem Boden ja von der Politik nicht mehr gewollt ist. Und wenn wir uns ansehen wie die SPD mit unseren Anträgen zur Veränderung der „Städtischen Wohnungsbau“ umgegangen ist, dann können wir fast sicher sein, wir kommen damit auf absehbare Zeit auch durch. Konkret war das zu sehen, als wir im Rat den Antrag hatten, die „Städtische“ solle bei neuen Bauprojekten zukünftig mindestens 50% sozial gebundenen Wohnraum schaffen. Die Chefin der „Städtischen“, Frau Leuner-Haverich, lief ziemlich angespannt zwischen der SPD-Fraktion und dem OB hin und her, tuschelte hier und da und wir konnten den Stein fast hören der ihr vom Herzen fiel, als unser Antrag von SPD und CDU abgelehnt wurde. Die Wohnraumpolitik der beiden konservativen Fraktionen wird sich nicht viel länger halten lassen, ihre Begründungen werden immer wackeliger und darum werden teilweise schon „Geschichten“ erfunden: So log Hans Otto Arnold, CDU und Bauausschussvorsitzender kürzlich bei einer Veranstaltung der Wohnraumagentur öffentlich, dass der Verkauf eines großen Baugrundstücks in Grone nicht mehr aufgehoben werden konnte weil keine Zeit mehr bestand und die Verhandlungen soweit fortgeschritten wären. Tatsächlich hatten wir schon vor 1 ½ Jahren im Rat beantragt, das Grundstück nicht zu verkaufen, die CDU hat es damals mit der SPD zusammen abgelehnt. Immerhin ließ Arnold in derselben Veranstaltung verlauten, dass er versichern könnte, dass kein Grundstück der Stadt mehr verkauft würde, was nicht von der „Wohnraumagentur“ geprüft sei, ob es für alternative Wohnprojekte geeignet sei. Wir werden der Stadt dabei genauestens auf die Finger gucken. Zumal unser Ansatz dahin geht, dass überhaupt kein öffentliches Grundstück mehr privatisiert wird. Unsere weitere Politik in Sachen „bezahlbarer Wohnraum“ wird viel um die „Städtische“ drehen. Wir wollen, dass die „Städtische“ ihre Gewinne - ja, die gibt es – nicht ausschüttet, sondern zügig reinvestiert. Und wir wollen sie dahingehend umstrukturieren, dass sie nur noch 100% sozialen Wohnungsbau baut. Der größte Blockierer einer Veränderung bei der „Städtischen“, der bisherige OB Köhler wird ab November in seinen wohlverdienten Ruhestand gehen. Ob Petra Broistedt einfach so die völlig verfehlt und überholte Wohnraumpolitik weitermachen kann, das bezweifeln wir. Zumal wir mit dem Bündnis „gutes wohnen für alle“ auch außerhalb des Stadtrates einen Player haben, an dem die Politik nicht mehr vorbeikommt. Für den kommenden Wahlkampf kann das ein Schwerpunkt sein: die Kandidat*innen aller Parteien immer wieder zu löchern und öffentliche Statement einzufordern, endlich eine Wohnraumpolitik für die große Mehrheit der Bevölkerung zu machen und die Großinvestoren aktiv zu behindern.

Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 1126 (11.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](http://goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
 Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Gastkommentar von Gerd Nier:

▶ Ist die SPD-OB-Kandidatin wirklich die Lichtgestalt, als die sie sich kreiert?

Fast täglich werden wir in unserer Regionalpresse mit dem Porträt und wichtigen Aussagen unserer Sozialdezernentin Frau Broistedt in Sachen COVID 19 beglückt. Das trifft sich gut mit der Tatsache, dass sie sich gleichzeitig als OB-Kandidatin der SPD gekonnt ins Bild bringen kann. Und wie sie mit Recht die gute und wichtige Arbeit der Mitarbeiter*innen im Impfzentrum auf der Siekhöhe würdigt ist durchaus anerkennenswert. Dabei wird dann schnell vergessen, dass sie bis zuletzt die gleiche Einrichtung, als sie noch Flüchtlingsunterkunft war, gegen den

Widerstand vieler Göttinger*innen und einer zunehmenden Ratsmehrheit in ihrer Existenz verteidigt hat. Wenn man heute seinen Impftermin in der Halle auf der Siekhöhe durchläuft, wird einem noch einmal eindrücklich vor Augen geführt, unter welchen Bedingungen die geflohenen Menschen dort leben mussten. Kein Tageslicht, enorme Lärmbelästigung u.a. aufgrund nach oben offener „Wohnkabinen“ kaum Frischluft und am Rande der Stadt angesiedelt ohne Bushaltestelle. Heute ist man froh nach einer Stunde nach erfolgreicher Impfung das Gebäude wieder verlassen

und den Bus von der direkt vorm Ausgang liegenden Haltestelle für die Heimfahrt nutzen zu können. Und wenn man dann überlegt, wie sich Frau Broistedt als Sozialdezernentin in Sachen Wohnungspolitik ausgewiesen hat, dann wird das Bild ihrer momentanen Präsentation weiter deutlich getrübt. Da hat sie sich von der Adler Real Estate klassisch auf Kosten der Steuerzahler über den Tisch ziehen lassen. Da hat sie in Sachen Mieter*innenprobleme nicht gerade mit Transparenz geblänzt. Eher hat sie mit Halbwahrheiten, politisch fragwürdigen Aussagen und Diffamierungen der Göttinger Linke gearbeitet. Und so ist ihre sozialpolitische Bilanz doch gelinde gesagt zumindest durchwachsen.

Als Lichtgestalt der SPD und unhinterfragte OB-Kandidatin sollte sie dann doch nicht so einfach durchgehen.

(...) Fortsetzung von Seite 10 (Rede von Jost Leßmann, Kandidat zu den Kommunalwahlen)

Doch vielfach sind sie zu unmenschlichen – untertariflichen Bedingungen tätig. Der Grund: Kommunale Kostenbegrenzungen verhindern deren tarifliche Entlohnung.

Eine Kommune – und deren Gesellschaften wie z.B. auch die Städtische Wohnungsbau – vergibt Aufträge an private Unternehmen – ob nun Handwerker oder Industrieunternehmen. Was schert's den Rat, wie diese ihre Leute bezahlen? Das sind die Kampffelder eines gewerk-

schaftlich orientierten Kommunalpolitikers: Hier hat er tatsächlich Spielraum für Politikgestaltung. Für denjenigen, der gewerkschaftliche Politik betreiben will, heißt das:

1. Keinerlei Outsourcing kommunaler Aufgaben und die Rekommunalisierung derartiger Unternehmungen.
2. Keinerlei Privatisierung oder auch Verkauf öffentlichen Eigentums zuzustimmen – auch hier: Rekommunalisierung aller entsprechender Einrichtungen.

3. Auskömmliche, sprich: tariforientierte Vereinbarungen mit allen Trägern sozialer Angebote; Ausschluss untertariflicher Bezahlung in sozialen Einrichtungen, die in der Stadt Göttingen tätig und von kommunaler Finanzierung abhängig sind und 4.: Die Auftragsvergabe der Kommunen - und auch deren Eigenbetriebe – MUSS von der tariflichen Entlohnung der eigenen Kolleg*innen wie auch der Kolleg*innen etwaiger Subunternehmer vertraglich abhängig gemacht werden!

(...) Fortsetzung von Seite 6 (Rede von Eckhard Fascher zum Gedenken an den 8. Mai)

76 Jahre sind eine lange Zeit, 12 Jahre relativ kurz. Doch die Folgen dieses kurzen Zeitraums von nur zwölf Jahren sind immer noch deutlich spürbar und werden auch die nächsten 76 Jahre spürbar bleiben.

Unsere Gesellschaft hat sich in diesen letzten 76 Jahren deutlich verändert. Auch Dank 1968. So gibt es zum Beispiel mittlerweile eine Toleranz gegenüber abweichenden sexuellen Orientierungen wie zum Beispiel Homosexualität.

Aber es gibt immer noch in weiten Teilen der Gesellschaft Rassismus und autoritäre Einstellungen bis hin zu Morden. So

ergaben gemeinsame Recherchen von FR, TS und Die Zeit von 1990 bis September 2020 eine Mindestzahl von 187 rechtsextremen Morden in Deutschland. Auch über die aggressive Politik gegenüber Russland oder auch China wurde heute schon einiges gesagt.

Der Tag der Befreiung, der 8. Mai, muss als antifaschistischer Gedenktag Feiertag werden. Dazu habe ich bei meiner Recherche stellvertretend für viele zwei kluge Begründungen gefunden. Der DGB-Bundeskongress beschloss 2018: „Dieser Tag soll ein Tag gegen Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung jeglicher Form werden. Es soll außerdem darauf hingewirkt werden,

dass an diesem Tag bundesweit Veranstaltungen zum Thema Antifaschismus durchgeführt werden.“

Die Fraktionsvorsitzenden meiner Partei, Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch, meinten zum 8. Mai 2020 : „Frieden und Demokratie sind keine Naturgesetze. Für sie einzustehen und Faschismus, Krieg und Rassenwahn eine klare Absage zu erteilen, ist die historische Aufgabe, die unserer Gesellschaft heute und auch in der Zukunft immer zukommen wird.“

Ja, wir brauchen einen Tag des Antifaschismus als Gedenktag des Kampfes für Menschenrechte, für Frieden, gegen Rassismus und für Toleranz.